

„Abschalten der letzten AKW bedeutet, dass der Strompreis steigt“

Welt, 26.04.2023, Jan Dams, Philipp Vetter

https://www.welt.de/wirtschaft/plus244944300/Wirtschaftsweise-Grimm-Abschalten-der-letzten-AKW-bedeutet-dass-der-Strompreis-steigt.html?sc_src=email_4222376&sc_lid=431175563&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=626&sc_cid=4222376&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=94c824e22aa172ca1

Veronika Grimm ist Wirtschaftsweise im Sachverständigenrat und Expertin für die Energieversorgung. An der Gaspreisbremse hat sie wesentlich mitgearbeitet. Einen Strompreis für die Industrie lehnt sie jedoch ab – dieser führe genau in die falsche Richtung.

Vertreter der deutschen Wirtschaft warnen vor der Deindustrialisierung des Landes. Die hohen Energiepreise trieben die Unternehmen aus dem Land. Trotzdem lehnt die Ökonomieprofessorin Veronika Grimm einen subventionierten Industriestrompreis ab.

WELT AM SONNTAG: Frau Professor Grimm, vor einem halben Jahr galt die Rezession als so gut wie sicher: hohe Energiepreise, der Krieg in der Ukraine, eine mögliche Abwanderung von Industrie. Ist die Rezessionsgefahr heute höher oder niedriger?

Veronika Grimm: Kurzfristig hat die Rezessionsgefahr abgenommen, insbesondere weil die Energiepreise gefallen sind. Das hat die wirtschaftliche Lage für die Unternehmen verbessert. Gleichzeitig wurden die Energiepreisbremsen etabliert. Die werden nun gar nicht so teuer wie gedacht, reduzieren aber zunächst die Unsicherheit. Entwarnung ist allerdings nicht angezeigt.

Es kann beim Gas durchaus im Sommer und Herbst Preissprünge im Großhandel geben, wenn die Speicher wieder gefüllt werden müssen. Für den kommenden Winter ist auch eine Gasmangellage nicht ausgeschlossen, denn die Gasspeicher reichen in einem kalten Winter nur für etwa zwei Monate. Wenn der nächste Winter kalt wird und die chinesische Nachfrage nach dem dortigen Lockdown wieder anzieht, dann kann es schnell eng werden. Hinzu kommen die geopolitischen Spannungen. Mittelfristig haben die Unsicherheiten nicht abgenommen, sondern eher zugenommen.

WELT AM SONNTAG: Trotzdem wurden im April die letzten drei Atomkraftwerke abgeschaltet. War die Entscheidung richtig, und was bedeutet das für den Strompreis?

Grimm: Die Entscheidung hätte man anders treffen sollen, aber man wird sie jetzt nicht mehr rückgängig machen. Das Abschalten der letzten Atomkraftwerke bedeutet, dass der Strompreis höher ausfallen wird. Natürlich hätte man den Strompreis, die CO₂-Emissionen und den Gasverbrauch senken können, wenn man die Atomkraftwerke hätte weiterlaufen lassen. Das ist jetzt nicht passiert, umso wichtiger ist es, darauf hinzuweisen, dass wir weiterhin Gas sparen müssen. In China erholt sich die Wirtschaft, damit zieht auch dort die Nachfrage nach Gas wieder an, das heißt, auf dem Flüssiggas-Markt könnte der Preis wieder steigen.

WELT AM SONNTAG: Wie stark wird der Strompreis durch den Wegfall der Atomkraftwerke steigen?

Grimm: Wir haben dazu eine Studie gemacht und kamen auf eine Erhöhung der Strompreise um acht bis zwölf Prozent, wenn die Atomkraftwerke wegfallen.

WELT AM SONNTAG: Sie haben an der Gaspreisbremse mitgearbeitet. Wie beurteilen Sie das Instrument nach dem ersten Winter?

Grimm: Die Energiepreisbremsen geben Sicherheit, dass die Preise für die Verbraucher nicht explodieren. Es war dabei eine richtige Entscheidung, den Gaspreis nicht auf das Vorkrisenniveau, sondern nur etwa auf das Doppelte des historischen Niveaus abzusenken. So gewöhnen sich die Verbraucherinnen und Verbraucher an das zukünftig höhere Preisniveau, die Kosten für den Staat sind nicht ganz so hoch, und das Instrument schafft sich von selbst ab, wenn die Preise sinken. Außerdem gibt es weiterhin einen Anreiz, Gas einzusparen. In anderen Ländern wie Frankreich wurde der Preis auf das Vorkrisenniveau gedeckelt. Das führt dort zu hohen Kosten für den Staat und dem Dilemma, dass man nicht weiß, wie man diesen Deckel jemals wieder aufheben soll. Das hat man in Deutschland besser gemacht.

WELT AM SONNTAG: Die Tarife vieler Anbieter bleiben aber trotz sinkender Beschaffungspreise auffällig nah an den Preisdeckeln von zwölf Cent pro Kilowattstunde beim Gas und 40 Cent beim Strom. Missbrauchen Energieunternehmen die Bremsen?

Grimm: Das kann man in Echtzeit nicht beantworten, dafür müsste man die Beschaffungsstrategien der einzelnen Anbieter kennen, es gibt da viel Heterogenität. Aber im Nachhinein wird das Bundeskartellamt Unregelmäßigkeiten überprüfen können. Das Bundeswirtschaftsministerium hat angekündigt, dass man sehr genau hinschauen wird, ob es zu Preissteigerungen gekommen ist, die durch die Beschaffungskosten nicht zu rechtfertigen sind. Es ist also durchaus riskant, über die Stränge zu schlagen.

WELT AM SONNTAG: Für viele Unternehmen sind die hohen Energiepreise weiter ein Problem, man hört von Firmen, dass sie überlegen, Produktionsstandorte ins Ausland zu verlagern. Brauchen wir einen Industriestrompreis, um diese Unternehmen in Deutschland zu halten?

Grimm: Nein, das sollten wir nicht tun. In der Breite werden wir uns das gar nicht leisten können. Zudem würde es notwendige Transformationsprozesse verhindern oder verzögern. Man würde ja Bestandsschutz für Unternehmen betreiben, die sich eigentlich verändern und an die zukünftigen Rahmenbedingungen anpassen müssen. Das ist nicht sinnvoll. Man sollte aber sehr wohl Bereiche identifizieren, die sich unter den zu erwartenden Rahmenbedingungen nicht in Deutschland halten könnten, aus strategischen Gründen aber erhalten bleiben sollten – zum Beispiel, um nicht in zu große Abhängigkeiten zu geraten oder die Technologiekompetenz zu erhalten. Man muss die Transformation der energieintensiven Wirtschaft politisch eng begleiten, aber einen Industriestrompreis zu etablieren, wäre sicherlich nicht zielgerichtet genug.

WELT AM SONNTAG: Ist so ein Industriestrompreis nur für einzelne strategische Branchen überhaupt mit europäischem Beihilferecht vereinbar?

Grimm: Man müsste eine beihilferechtliche Diskussion in Brüssel führen und bräuchte eine europäische Lösung. Es gibt aber auch andere Wege. ThyssenKrupp wird zum Beispiel die gesamte Wertschöpfungskette der grünen Stahlerzeugung in Deutschland etablieren. So hat man zukünftig die Technologiekompetenz, selbst wenn am Ende nicht die gesamte Stahlerzeugung in Deutschland aufrechterhalten wird. Es kann durchaus sinnvoll sein, die ersten, energieintensiven Wertschöpfungsstufen nicht für die gesamte Stahlerzeugung in Europa zu machen. Roheisen könnte man auch aus Regionen importieren, wo erneuerbare Energie so günstig ist, dass man aus Kostengründen dort Direktreduktionsanlagen mit Wasserstoff betreiben möchte.

WELT AM SONNTAG: Aber bedeutet das dann nicht eine Deindustrialisierung Europas?

Grimm: Nein, das bedeutet, dass man ein sehr energieintensives Vorprodukt importieren würde. Statt den Wasserstoff zu importieren, würde man eine Wertschöpfungsstufe weiter gehen, die Direktreduktionsanlage anderswo installieren und dann das Roheisen importieren. Das könnte auch in der Chemieindustrie mit der Ammoniakproduktion geschehen – da wäre der Kostenvorteil sogar noch größer als beim Stahl.

WELT AM SONNTAG: Allerdings wird die Industrie dann nicht auch mit den weiteren Produktionsschritten dorthin ziehen, wo sie näher an den Vorprodukten dran ist?

Grimm: Das kann passieren, muss aber nicht. Der Kostenvorteil, über die energieintensiven Prozesse hinaus weitere Wertschöpfungsstufen ins Ausland zu verlagern, dürfte viel geringer sein. Aus Kostengründen ist es wohl nicht notwendig. Aus europäischer Sicht wäre es wünschenswert, Zwischenprodukte zu importieren, für die es einen Commodity-Markt gibt. Dann gerät man nicht so leicht in Abhängigkeiten von einzelnen Drittstaaten. Lässt man die Dinge einfach geschehen, kann Letzteres aber durchaus passieren. Man sollte diese Entwicklungen daher politisch eng begleiten.

WELT AM SONNTAG: Der Druck zur Standortverlagerung entsteht nicht nur durch die hohen Energiepreise, die USA haben auch mit dem Inflation Reduction Act ein massives Förderprogramm aufgelegt. Sollte Europa in diesen Subventionswettbewerb einsteigen?

Grimm: Nein, das wäre falsch. Wenn man genau hinschaut, ergibt sich ein differenziertes Bild: Durch den Inflation Reduction Act wird sich in den USA eine deutliche Dynamik beim Klimaschutz entfalten. Das ist erst mal positiv. Es wird extrem attraktiv werden, dort erneuerbare Energien und klimafreundlichen Wasserstoff zu produzieren. Positiv ist, dass der Zubau von umfangreichen Kapazitäten die Kosten der Anlagen schneller senken wird. Grüne Energie wird schneller günstig. Das Problem für uns wird aber sein: Wenn wir nicht schnell in die Gänge kommen, haben wir keinen Zugriff mehr auf Produktionskapazitäten für

Anlagen, denn diese sind nicht beliebig schnell skalierbar. Wir müssen also ebenfalls schnell sein. Die Pläne gibt es ja schon, etwa im Rahmen der Wasserstoffstrategie – Aufbau von Elektrolysekapazitäten in Europa, Hochlauf des Wasserstoffimports, Netzausbau. Wir haben einen guten Grund, unsere Hausaufgaben nun deutlich schneller zu machen. Zusätzliche Subventionen sind da eher nicht die erste Priorität.

WELT AM SONNTAG: Die hohen Energiepreise, die geopolitische Lage, der Subventionswettbewerb: Wie pessimistisch sind Sie insgesamt für den Standort Deutschland?

Grimm: Wir werden radikal umdenken müssen, um die Transformation erfolgreich zu meistern. Die Unsicherheit ist aufgrund der multiplen Krisen sehr hoch. Die geopolitischen Spannungen zwingen uns, unsere Verteidigungsfähigkeit zu stärken, die Abhängigkeit von China schnell zu reduzieren und unsere Energiehandelsbeziehungen zu diversifizieren. Das wird uns Wachstum kosten und hat das Potenzial, die sozialen Spannungen zu verschärfen. Man darf sich nichts vormachen: Der Konflikt zwischen China und den USA wird nicht angehalten, bis wir besser aufgestellt sind. Verschärfen sich die Spannungen, so werden wir uns nicht heraushalten können. Sanktionen der USA gegen China werden uns immer stark in Mitleidenschaft ziehen. ***Es kommt eine herausfordernde Zeit, das ist im Bewusstsein vieler Menschen noch nicht angekommen. Das volle Potenzial unserer Gesellschaft, diese Krisen zu meistern, können wir nur heben, wenn wir uns der Situation stellen. Die Politik muss den Menschen reinen Wein einschenken.***